

Jugendliche bestärken, dass sie demokratische politische Antworten verlangen

Franziska Schwab

Sabine Jenni spricht über politische Bildung und die zentrale Rolle der Schule: Diese soll Orientierung geben, Mut machen, kritisches Denken fördern, zum Einsatz für politische Rechte motivieren.

Seit mehr als 20 Jahren gibt es auf der Welt wieder mehr Autokratien als Demokratien. Was löst diese Aussage von SRF in Ihnen aus?

Erst einmal den Reflex, die Daten genauer zu prüfen. Wenn wir das gesamte 20. Jahrhundert anschauen, sehen wir, dass es heute mehr Demokratien gibt als vor rund 40 Jahren. Und wir sehen auch, dass die Anzahl Demokratien zwar zugenommen hat, aber nicht kontinuierlich, es gab immer wieder Einbrüche. Daten sagen vieles, aber nicht alles.

Ich bin eine unverbesserliche Optimistin und sehe etwa im Iran zivilgesellschaftliche Entwicklungen, die sich in solchen Zahlen überhaupt nicht widerspiegeln. Sie machen aber Hoffnung, dass der Erhalt eines derart autokratischen Regimes immer schwieriger wird.

Ich muss aber zugeben, dass mir die Entwicklungen der letzten Jahre schon zu denken geben. Es sind aber eher die Qualität der Entwicklungen und die Orte, weniger die Anzahl. Und ich frage mich, ob der aktuelle Einbruch vielleicht doch sehr einschneidend wird.

Wo orten Sie die Hauptgründe des Einbruchs?

In Europa werden aktuell Folgen sehr einschneidender Umwälzungen sichtbar, die wir vor allem als beispiellose Erfolgsgeschichten wahrgenommen haben. Dies mein diffuser Eindruck. In Westdeutschland und Italien, z.B. haben wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine rasante Erfolgsgeschichte der Demokratisierung erlebt. Mit massiven Investitionen vor allem aus den USA.

Dann kam die Wiedervereinigung Deutschlands, die Osterweiterung der EU, die Farbrevolutionen in verschiedenen Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Die zunehmende Demokratisierung brachte aber Brüche in Biografien, wirtschaftliche Umstrukturierung – um ein neutrales Wort zu verwenden – mit sich. Wahrscheinlich hat die Demokratisierung nicht alles gehalten, was sich viele Leute – vielleicht auch naiverweise – davon versprochen hatten. Und: Die Demokratie lässt zu, dass Unbehagen oder Schwierigkeiten sichtbar werden, in Wahlresultaten, etwa in Ungarn, Polen, Deutschland. Es gibt auch viele Stellvertreterdiskussionen rund um die Demokratie. Und die Analyse ist nicht immer korrekt.

Ein anderer Grund ist globaler, hat aber auch einen Effekt auf Europa: die weltweite Vernetzung und Kooperation autoritärer Staaten und Akteure, die ganz klar das Ziel verfolgen, die demokratische Lebensweise anzugreifen. In einer Demokratie sind wir diesbezüglich natürlich verwundbar, weil Demokratien von der Auseinandersetzung und vom Infragestellen leben. Es ist normal, auch dagegen zu sein. Wer demokratisch lebt, hat es zuweilen schwer, zu erkennen, wann die eigenen Grundlagen in Frage gestellt werden.

Sind wir gerade in der Schockstarre?

Ich glaube schon, weil wir geübt haben, alle Meinungen zuzulassen. Wir machen uns selber unglaublich, wenn wir das nicht mehr tun.

Ein Beispiel: Unsere Bundespräsi-

den unterstützte Vance, der sagte, dass Meinungsfreiheit in Europa im Gegensatz zu den USA eingeschränkt werde. Das wäre genau ein Moment gewesen, in dem unsere eigenen Grundlagen hätten verteidigt werden müssen. Meinungsfreiheit ist ein Recht, das Menschen zusteht. Technologien z.B. haben keine Rechte. Das heißt, es gibt diesbezüglich auch Grenzen. Wenn man Technologie nicht reguliert, schützt man die Meinungsfreiheit nicht per se. Es muss immer ein Mensch sein, der das Recht wahrnimmt.

Welche Rolle spielt die USA?

Jetzt die Entwicklungen in den USA zu analysieren, würde wohl zu weit führen. Für Europa reicht wohl, anzuerkennen, dass wir sehr auf die USA angewiesen sind. Und dass sich die Qualität jetzt, wo der amerikanische Präsident sich nicht abgrenzt, wenn nicht sogar gemeinsame Sache macht mit autokratischen Kräften, schon ändert.

Was kann die Schule in diesem Kontext tun?

Die politische Bildung, und damit auch die Schule, die diesbezüglich eine zentrale Rolle spielt, kann nicht die Feuerwehr sein. Sie kann nicht kurzfristig etwas ändern an den Entwicklungen – und soll auch nicht. Wenn wir einen Umgang mit all den aktuellen Herausforderungen finden wollen, muss das von der Politik kommen. Das heißt, wir als Gesellschaft müssen politische Antworten verlangen.

Aber: Die Schule soll ein Ort sein, der die jungen Menschen dabei unter-



Dr. Sabine Jenni ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in den Bereichen politische Analyse, internationale Zusammenarbeit und politische Bildung. Sie ist Geschäftsführerin und Co-Gründerin der Demokrative.

stützt, sich in den komplizierten Entwicklungen zu orientieren, nicht den Mut zu verlieren, unabhängiges und kritisches Denken zu üben, ihre Rechte zu kennen und einzufordern ... das soll sie, auch gegen Widerstände, tun und bewahren. Vieles läuft schlecht, schönreden bringt nichts. Wir müssen die jungen Leute bestärken, dass sie demokratische politische Antworten verlangen. Es gibt keine Abkürzungen.

Was meinen Sie mit Widerständen?

Ein Beispiel: Neutralitätsforderungen dürfen nicht dazu führen, politische Diskussionen aus der Schule zu verbannen und die Schule zu neutralisieren. Eine gute Schule, die Wert auf politische Bildung legt, ermöglicht politische Diskussionen und leistet so einen zentralen Beitrag zur Stärkung der Demokratie.

Müssen Lehrpersonen politisch neutral sein?

Ja und nein. Ja natürlich müssen sie politisch neutral sein. Das ist gesetzlich vorgeschrieben. Aber das Gesetz schreibt auch die humanistische und demokratische Tradition fest und dass Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit zu fördern seien. Lehrpersonen sind also angehalten, gewisse Werte zu fördern.

Das kann eine Gratwanderung sein. Dass es auch Aufgabe ist, demokratische Werte zu fördern, kann aber eine Erleichterung sein. Lehrpersonen erzählen mir, dass sich Neutralität im Sinn von «Positionslosigkeit» falsch anfühlt in konkreten Themen. Dabei geht es nicht um eine Abstimmungsvorlage zu Autobahnen, sondern etwa um eine Person, die in Polizeigewalt umkommt. Die angemessene politische Reaktion darauf muss kontrovers diskutiert werden.

Dass eine Person in Polizeigewalt umkommt, sollte aber nicht kontrovers sein, sondern klar verurteilt werden. Es gibt viele gute Grundlagen zu solchen Fragen in der politischen Bildung.

Und: Sich politisch zu engagieren ist ein wichtiges Ziel politischer Bildung – und braucht Vorbilder. Deshalb ist es pädagogisch wertvoll, wenn Lehrpersonen zeigen, dass sie sich mit Politik auseinandersetzen und sich engagieren, sei das in einer Partei oder auf eine andere Art. Sie sollten den Wert des Engagements an sich betonen.

Was kann die Gesellschaft für die politische Bildung tun?

Wir wissen, dass eine Demokratie nur mit einer lebendigen Zivilgesellschaft tragfähig ist, mit einer Vielfalt an Organisationen: von Sportvereinen über Jugendorganisationen, wie die Pfadi, bis hin zu Gewerkschaften und Verbänden von Arbeitgebern, zu Umweltorganisationen, Interessensgruppen für bestimmte Verkehrsformen, Kirchen.

Diese Zivilgesellschaft ist auch geübt darin, der «Politik» auf die Finger zu schauen. Was angesichts demokratischer Rückschritte wichtiger wird: nicht nur sachpolitisch, sondern auch demokratiepolitisch zu beobachten. Welchen Einfluss hat eine politische Entscheidung auf die Resilienz unserer Demokratie?

Hier kommen mir die Sparprogramme der SRG in den Sinn. Mit all den technologischen Entwicklungen braucht es wahrscheinlich Anpassun-



gen. Aber eine Schwächung des öffentlich-rechtlichen Angebots kann gefährlich sein.

Die Forderung nach einem Fach «Politische Bildung» ploppt hier und da auf. Was halten Sie davon?

In einer idealen Welt würde ich wohl nicht ein Schulfach empfehlen, sondern mehr partizipative Strukturen in der Schule. In der Praxis ist das aber sehr herausfordernd. Deshalb glaube ich, dass ein Schulfach für gewisse Aspekte hilfreich wäre. Denn, wenn es ein Schulfach gäbe, hinge es nicht an den individuellen Interessen und Fähigkeiten der Lehrpersonen. Sie müssten auch systematischer aus- und weitergebildet werden.

Wie schätzen Sie die Rolle der Social Media in Bezug auf politische Bildung ein? Chance oder Gefahr?

Ich starte lieber mit dem Modewort Herausforderung: Fördern von Medienkompetenz ist das Gebot der Stunde – und Social Media und KI machen dies aktuell herausfordernd, weil es kaum möglich ist, mit den Entwicklungen Schritt zu halten. Wir könnten aber folgenden Schluss ziehen: Weil wir in der politischen Bildung eh nicht Schritt halten können mit den technologischen Entwicklungen, müssen wir uns überlegen, was junge Menschen brauchen, um neue Technologien demokratisch und politisch verantwortungsvoll zu nutzen. Dafür brauchen sie Urteilsfähigkeit, analytische Fähigkeiten, und sie brauchen einen klaren Wertekompass.

Angenommen, Sie hätten alle Ressourcen, die Sie brauchen, und den Auftrag, politische Bildung in der Schweiz besser zu verankern. Was würden Sie morgen umsetzen?

zen? Und in den Tagen danach?
Es wird sehr gern auf zivilgesellschaftliche Akteure zurückgegriffen in der politischen Bildung. Ob das ideal ist oder nicht, darüber lässt sich streiten. Aber aktuell wären viele tolle Angebote nicht möglich ohne zivilgesellschaftliche Akteure. Leider ist deren Situation sehr prekär. Es gibt kaum öffentliche Förderung. Schulen fragen Leistungen an, haben aber kein Budget, diese zu bezahlen. Aber Ressourcen hätte ich ja. Also würde ich sofort in Aus- und Weiterbildung von verschiedensten Personen, die politische Bildung machen, investieren.
Am Tag danach bräuchte es mehr Advocacy, Lobbying. Wir müssten der Gesellschaft und der Politik erklären, warum es politische Bildung braucht. Und ich würde versuchen, die Leute zu erreichen, die aktuell entscheiden, auf ganz unterschiedlichen Ebenen.

Demokrative

Die Demokrative wurde 2016 von einer Gruppe junger Politikwissenschaftler:innen gegründet, um den Transfer zwischen Wissenschaft, Bildungspraxis und Gesellschaft zu fördern.



[Demokrative](#)



[Projekte und Weiterbildungsangebote](#)



[Mitglied werden](#)

Unterrichtsmaterialien zum Thema:

Das Weiterbildungs- und Dienstleistungsprogramm der PHBern steht unter dem Leitthema Bildung und Demokratie. Die Angebote unterstützen Schulen und Lehrpersonen dabei, den Schüler:innen die Kompetenzen der politischen Bildung zu vermitteln.

[Bildung und Demokratie | PHBern](#)

Verschiedene Themendossiers von éducation21, z. B. zur Demokratie:
[éducation21 – demokratie](#)

Encourager les jeunes à exiger des réponses politiques démocratiques

Franziska Schwab

Sabine Jenni aborde le sujet de l'éducation civique et le rôle central de l'école : celle-ci doit donner des repères, encourager, favoriser l'esprit critique et motiver à s'engager pour les droits politiques.

Depuis plus de 20 ans, le monde compte à nouveau plus d'autocraties que de démocraties. Que vous inspire cette déclaration de la SSR ?

Tout d'abord, le réflexe de vérifier les données de manière plus approfondie. Si nous considérons l'ensemble du XX^e siècle, nous constatons qu'il y a aujourd'hui plus de démocraties qu'il y a environ 40 ans. Nous observons également que si le nombre de démocraties a augmenté, cette augmentation n'a pas été continue, mais ponctuée de reculs. Les données sont révélatrices, mais elles ne disent pas tout.
Je suis une optimiste invétérée et je perçois en Iran des évolutions de la société civile qui ne se reflètent absolument pas dans ces chiffres. Elles permettent toutefois d'espérer que le maintien d'un régime aussi autocratique deviendra de plus en plus difficile. Je dois toutefois admettre que les développements de ces dernières années me donnent à réfléchir. Ce sont plutôt la qualité des développements et les emplacements qui me préoccupent, moins leur nombre. Et je me demande si le recul actuel ne sera pas finalement très important.

À votre avis, quelles sont les principales raisons de ce recul ?

En Europe, nous constatons actuellement les conséquences de bouleversements très profonds, que nous avons surtout perçus comme des réussites sans précédent. C'est du moins mon impression générale. En Allemagne de l'Ouest et en Italie, par exemple, nous avons connu depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale une démocra-

tisation fulgurante. Avec des investissements massifs, principalement en provenance des États-Unis. Puis sont venues la réunification allemande, l'élargissement de l'UE à l'Est et les révolutions colorées dans différents pays de l'ancienne Union soviétique. Cependant, la démocratisation croissante a entraîné des ruptures dans les biographies et une restructuration économique, pour employer un terme neutre. La démocratisation n'a probablement pas tenu toutes les promesses que beaucoup de gens, peut-être naïvement, en attendaient. De plus, la démocratie permet que le malaise ou les difficultés apparaissent dans les résultats électoraux, par exemple en Hongrie, en Pologne ou en Allemagne. Il existe également de nombreux débats de substitution autour de la démocratie. Et l'analyse n'est pas toujours correcte.
Une autre raison est plus globale, mais a également un impact sur l'Europe : l'interconnexion et la coopération mondiales entre des États et des acteurs autoritaires qui garantissent clairement l'objectif d'attaquer le mode de vie démocratique. Dans une démocratie, nous sommes naturellement vulnérables à cet égard, car les démocraties se nourrissent de débats et de remises en question. Il est normal d'être également contre certaines choses. Celles et ceux qui vivent la démocratie ont parfois du mal à reconnaître quand leurs principes fondamentaux sont remis en question.

Sommes-nous actuellement sous le choc ?

Je le pense, car nous avons appris à

accepter toutes les opinions. Nous perdons de notre crédibilité si nous ne le faisons plus.
Un exemple : notre présidente fédérale a soutenu Vance, qui a déclaré que la liberté d'expression était restreinte en Europe, contrairement aux États-Unis. C'était précisément le moment où nous aurions dû défendre nos principes fondamentaux. La liberté d'expression est un droit qui appartient à tous les êtres humains. Les technologies, par exemple, n'ont pas de droits. Cela signifie qu'il existe également des limites à cet égard. Si l'on ne réglemente pas la technologie, on ne protège pas la liberté d'expression en soi. C'est toujours un être humain qui doit exercer ce droit.

Quel rôle jouent les États-Unis ?

Il serait sans doute trop long d'analyser ici les développements aux États-Unis. Pour l'Europe, il suffit de reconnaître que nous sommes très dépendants des États-Unis. Et que la qualité change maintenant que le président américain ne se démarque pas, voire s'allie à des forces autocratiques.

Que peut faire l'école dans ce contexte ?

L'éducation civique, et donc aussi l'école, qui joue un rôle central à cet égard, ne peut pas jouer les pompiers. Elle ne peut pas changer les choses à court terme, et ce n'est pas son rôle. Si nous voulons trouver des solutions à tous les défis actuels, cela doit venir de la politique. Cela signifie que nous, en tant que société, devons exiger des réponses politiques.



Mais l'école doit être un lieu qui aide les jeunes à s'orienter face à des évolutions complexes, à ne pas perdre courage, à exercer leur esprit critique et indépendant, à connaître et à revendiquer leurs droits... Elle doit le faire et le préserver, même face à des résistances. Beaucoup de choses vont mal, il ne sert à rien d'enjoliver la situation. Nous devons encourager les jeunes à exiger des réponses politiques démocratiques. Il n'y a pas d'autres solutions.

Que voulez-vous dire par « résistances » ?
Un exemple : les exigences de neutralité ne doivent pas conduire à bannir les discussions politiques à l'école et à neutraliser celle-ci. Une bonne école, qui accorde de l'importance à l'éducation civique, permet les discussions politiques et contribue ainsi de manière essentielle au renforcement de la démocratie.

Le corps enseignant doit-il être politiquement neutre ?
Oui et non. Oui, bien sûr, il doit être politiquement neutre. C'est une obligation légale. Mais la loi stipule également la tradition humaniste et démocratique et la promotion de valeurs telles que la liberté et la justice. Le corps enseignant est donc tenu de promouvoir certaines valeurs. Cela peut être un exercice délicat. Mais le fait que la promotion des valeurs démocratiques fasse également partie de leur mission peut être un soulagement. Des enseignants me disent que la neutralité au sens de « l'absence de position » semble inappropriée dans certains cas concrets. On ne parle pas d'un projet de loi sur les autoroutes, mais par exemple d'une personne qui meurt sous les coups de la police. La réaction politique appropriée à cet égard doit faire l'objet d'un débat. Ce-

pendant, le fait qu'une personne meure des suites d'une intervention police ne devrait pas être controversé, mais clairement condamné. Il existe de nombreuses ressources de qualité sur ces questions dans le domaine de l'éducation civique. De plus, s'engager politiquement est un objectif important de l'éducation civique – et nécessite des modèles. C'est pourquoi il est pédagogiquement utile que le corps enseignant montre qu'il s'intéresse à la politique et s'engage, que ce soit au sein d'un parti ou d'une autre manière. Il devrait souligner la valeur de l'engagement en tant que tel.

Que peut faire la société pour l'éducation civique ?
Nous savons qu'une démocratie n'est viable qu'avec une société civile dynamique, composée d'une multitude d'organisations : des clubs sportifs aux organisations de jeunesse telles que les scouts, en passant par les syndicats et les associations patronales, les organisations environnementales, les groupes d'intérêt pour certains modes de transport, les églises. Cette société civile a également l'habitude de surveiller de près la « politique ». Ce qui devient plus important au vu des reculs démocratiques : observer non seulement la politique concrète, mais aussi la politique démocratique. Quelle influence une décision politique a-t-elle sur la résilience de notre démocratie ? Je pense ici aux programmes d'économies de la SSR. Avec toutes les évolutions technologiques, des adaptations sont probablement nécessaires. Mais un affaiblissement de l'offre publique peut être dangereux.

La demande d'une matière « éducation civique » refait surface ici et là. Qu'en pensez-vous ?

Dans un monde idéal, je ne privilégierais pas une matière scolaire, mais plutôt des structures plus participatives à l'école. Dans la pratique, cela s'avère toutefois très difficile. C'est pourquoi je pense qu'une matière scolaire serait utile pour certains aspects. En effet, s'il existe une matière scolaire, elle ne dépend pas des intérêts et des compétences individuels du corps enseignant. Celui-ci devrait également bénéficier d'une formation initiale et continue plus systématique.

Comment évaluez-vous le rôle des réseaux sociaux dans l'éducation civique ? Opportunité ou danger ?
Je préfère commencer par le mot à la mode « défi » : promouvoir la compétence médiatique est à l'ordre du jour, mais les réseaux sociaux et l'intelligence artificielle rendent cette tâche difficile, car il est pratiquement impossible de suivre le rythme des évolutions. Nous pourrions toutefois tirer la conclusion suivante : comme nous ne pouvons de toute façon pas suivre le rythme des évolutions technologiques dans le domaine de l'éducation civique, nous devons réfléchir à ce dont les jeunes ont besoin pour utiliser les nouvelles technologies de manière démocratique et politiquement responsable. Pour cela, ils-elles ont besoin de capacité de jugement, de capacités analytiques et d'une boussole éthique claire.

Supposons que vous disposiez de toutes les ressources nécessaires et que vous ayez pour mission de mieux ancrer l'éducation civique en Suisse. Que mettriez-vous en œuvre demain ? Et les jours suivants ?
On fait très volontiers appel aux acteurs de la société civile dans le domaine de l'éducation civique. On peut débattre pour savoir si c'est idéal ou

Dr. Sabine Jenni est politologue et travaille dans les domaines de l'analyse politique, de la coopération internationale et de l'éducation civique. Elle est directrice générale et cofondatrice de Demokrative.

non. Mais actuellement, de nombreuses offres intéressantes ne seraient pas possibles sans les acteurs de la société civile. Malheureusement, leur situation est très précaire. Il n'y a pratiquement pas de financement public. Les écoles demandent des prestations, mais n'ont pas le budget pour les payer. Mais j'aurais les ressources nécessaires. Je n'hésiterais donc pas de suite à investir dans la formation initiale et continue des personnes les plus diverses qui s'occupent d'éducation civique. Les jours suivants, il faudrait davantage de militantisme et de lobbying. Nous devrions expliquer à la société et aux responsables politiques pourquoi l'éducation civique est nécessaire. Et j'essaierais d'atteindre les personnes qui prennent actuellement les décisions, à tous les niveaux.

Demokrative
Demokrative a été fondée en 2016 par un groupe de jeunes politologues afin de promouvoir les échanges entre la science, la pratique éducative et la société. Les nouveaux membres sont les bienvenus.

 [demokrative](#)

 [Projets et offre de formation continue](#)

 [Devenir membre](#)

LIEDERLADEN.CH

Mit über 5000 Liedern die grösste Sammlung Schweizer Kinderlieder!

Mit Noten und Playbacks Suche nach Stichwörtern und Themen

NEU MIT APP!

Neu: Mit der kostenlosen App kannst du alle gekauften Lieder direkt auf deinem Handy abspielen – jederzeit und überall!

Jetzt App herunterladen und loshören!
www.liederladen.ch



Für iOS und Android verfügbar